ENTWICKLUNG EINES SOZIALKAPITAL-RADARS FÜR DEN SOZIALRAUMORIENTIERTEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

RAHMENEMPFEHLUNGEN ZUR ERGÄNZUNG DER RISIKOANALYSE IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

SOKAPI-R
www.sokapi-r.de

Gefördert durch:

Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Rahmenempfehlungen zur Ergänzung der Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz

E-Paper des BBK-Forschungsprojekts
„Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (Sokapi-R)"

Mai 2024

Herausgegeben von:

Dr. Bo Tackenberg, Dr. Tim Lukas, Lucas Ferl und Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich

Bergische Universität Wuppertal
Fachgebiet Bevölkerungsschutz,
Katastrophenhilfe und Objektsicherheit (BuK)

Abrufmöglichkeit über die Webseite des Forschungsprojekts:
www.sokapi-r.de

Kontakt:
lukas@uni-wuppertal.de

Gestaltung:
Dr. Bo Tackenberg

Zitiervorschlag:
Tackenberg, Bo, Lukas, Tim und Fiedrich, Frank (2024): Rahmenempfehlungen zur Ergänzung der Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz. Wuppertal: Forschungsprojekt Sokapi-R.

Gefördert durch:

Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG

Forschungsprojekt Sokapi-R 2
Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 3
Sozialraumorientierte Risikoanalyse 4
Aufbau der Arbeitshilfe 5

BESCHREIBUNG DES BEZUGSGEBIETS

Datensammlung: Sozialstrukturelle Parameter 6
Datensammlung: Fähigkeiten & Bewältigungskapazitäten 7
Datensammlung: Topografische & bauliche Parameter 8

VISUALISIERUNG RÄUMLICHER ZUSAMMENHÄNGE

Anfertigung von Sozialraumkartierungen 9
Statistische Überprüfung räumlicher Zusammenhänge 11

ABLEITUNG VON MAßNAHMEN

Kooperation zwischen Organisationen 12
Zivilgesellschaftliche Kommunikation 13
Kommunikation 13
Ehrenamtsförderung 14
Offene und niedrigschwellige Angebote 15
Abbau von Ungleichheit 15
Diversität und Toleranz 16
Aus der Krise lernen 16
Risiko- und Krisenkommunikation 17

1. EINLEITUNG

ENTWICKLUNG EINES SOZIALKAPITAL-RADARS FÜR DEN SOZIALRAUMORIENTIERTEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

SOKAPI-R

1.1 FORSCHUNGSPROJEKT SOKAPI-R

SEIT 01.08.2021 FÖRDERT UND BEGLEITET DAS BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND KATASTROPHENHILFE (BBK) DIE „ENTWICKLUNG EINES SOZIALKAPITAL-RADARS FÜR DEN SOZIALRAUMORIENTIERTEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (SOKAPI-R)".

Im Projekt[1] wurde dabei **ein interaktives Dashboard** (Sozialkapital-Radar) für die Modellkommune Wuppertal entwickelt, mit dem sich der **gesellschaftliche Zusammenhalt** und damit zugleich die soziale **Unterstützungsbereitschaft** in verschiedenen Krisen und Katastrophenlagen auf Quartiersebene und im Kontext unterschiedlicher **sozialräumlicher Bedingungen** identifizieren und nachvollziehen lässt. Vor diesem Hintergrund wurde im September 2022 eine schriftlich-postalisch und online umgesetzte **Bevölkerungsbefragung** zum Thema **„Unterstützungsbereitschaft im Wohngebiet"** in **Wuppertal** durchgeführt. Die darin erhobenen Daten bilden zusammen mit verschiedenen Sozialstrukturindikatoren die Basis für die **kleinräumige Visualisierung** der Wirkzusammenhänge von konzentrierter Benachteiligung im Quartier, sozialem Zusammenhalt und gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft in Krisen und Katastrophen.

In der vorliegenden **Arbeitshilfe** werden daraus abgeleitete **Rahmenempfehlungen für die Risikoanalyse** im Bevölkerungsschutz formuliert, die zu einem effektiverem kommunalen **Krisenmanagement** beitragen sollen.

[1] Durchgeführt wird das Projekt vom Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit (BuK) der Bergischen Universität Wuppertal unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich. Koordiniert wurde das Projekt von den Mitarbeitern Dr. Tim Lukas und Dr. Bo Tackenberg. FKZ: BBK III.1 41201 / 0009.

1.2 RISIKOANALYSE IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

RISIKOANALYSEN SIND EIN WICHTIGES INSTRUMENT, UM DIE BEVÖLKERUNG EFFEKTIV ZU SCHÜTZEN. SIE DIENEN ALS GRUNDLAGE FÜR ENTSCHEIDUNGEN IM RISIKOMANAGEMENT-PROZESS, UM LÜCKEN UND SCHWÄCHEN ZU ERKENNEN UND RISIKEN ZU BEWERTEN.

Seit 2009 ist die Durchführung länder- und ressortübergreifender Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz Bestandteil des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG).

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) führt daher jährlich in Abstimmung mit den Ländern eine Risikoanalyse auf Bundesebene durch (Deutscher Bundestag 2011)[2]. Mithilfe einer auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelten und an internationalen Standards des Risikomanagements der ISO-Normen 31000 und 31010 orientierten Methodik, wird dabei jeweils ein spezifisches Gefahrenszenario in den Blick genommen (BBK 2024)[3].

Das für Bundes- und Länderebene konzipierte Verfahren der „Risikoanalyse Bund", wurde daraufhin weiterentwickelt und 2013/2014 erstmals auf der Ebene von Kreisen und Kreisfreien Städten erprobt. Seitdem stellt das BBK Kreisen und Kreisfreien Städten einen Leitfaden zur „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz" bzw. „Stresstest für die Allgemeine Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz" (BBK 2019)[4] bereit und bietet Entscheidungsträger*innen beratende Unterstützung bei der Anwendung der Methodik an.

Ziel solcher Risikoanalysen bzw. Stresstests ist es, Handlungsalternativen zur effektiven Behandlung von Risiken zu entwickeln. Zudem dienen sie als Planungsgrundlage im Krisenmanagement, um Verbesserungspotenziale besser identifizieren zu können.

Risikoanalysen sind entscheidend für eine effiziente Notfallplanung. Indem sie Handlungsbedarfe und Defizite aufdecken, helfen sie dabei, bei der Ressourcensteuerung gezielt Mittel für die Entwicklung von Fähigkeiten und Ressourcen einzusetzen. Durch die ressort- und organisationsübergreifende Vernetzung von Fachleuten unterschiedlicher Zuständigkeitsbereiche, wird im Ernstfall eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleistet.

Ferner bilden Risikoanalysen eine gute Grundlage, um Handlungsempfehlungen für eine zielgerichtete Risiko- und Krisenkommunikation auszuarbeiten (BBK 2019).

Die Arbeitshilfe des BBK bietet eine in der Praxis erprobte Methodik an, mit der auf der Grundlage belastbarer Informationen zu Gefahren, Risiken und vorhandenen Fähigkeiten über den Umgang mit Risiken angemessen entschieden werden kann. Das macht den Leitfaden zur Analyse lokaler Gefährdungen zu einem wirksamen Werkzeug bei der Planung und Vorbereitung für Großschadenslagen.

Hier geht es zum Leitfaden zur Erstellung eines Sozialkapital-Radars.

[2] Deutscher Bundestag (2011): Unterrichtung durch die Bundesregierung Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2011. In: Drucksache 17/8250.

[3] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2024a): Risikoanalysen Bund und Länder, URL: https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Risikoanalysen-Bund-Laender/risikoanalysen-bund-laender_node.html#vt-sprg-4.

[4] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (2019): Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz. Ein Stresstest für die Allgemeine Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz. In: Praxis im Bevölkerungsschutz, Bd. 16.

1.3 SOZIALRAUMORIENTIERTE RISIKOANALYSE

IN KRISEN UND KATASTROPHEN IST DIE BEVÖLKERUNG NICHT ETWA NUR ALS PASSIVES SCHÜTZENSWERTES GUT, SONDERN ZUGLEICH ALS AKTIVE BEWÄLTIGUNGSAKTEURIN ZU BETRACHTEN. FÜR EIN EFFEKTIVES STAATLICHES KRISENMANAGEMENT BRAUCHT ES DAHER EINE STÄRKERE SOZIALRAUMORIENTIERUNG IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ.

Corona-Pandemie, Angriffskrieg auf die Ukraine, Energiekrise, klimabedingte Extremwetterereignisse - Bei der Bewältigung vergangener Krisen und Katastrophensituationen war der professionelle Bevölkerungsschutz zunehmend auf die Mitwirkung der Zivilbevölkerung angewiesen.

Bei der Erstellung von Risikoanalysen sollten daher künftig zivilgesellschaftliche Resilienzressourcen und Vulnerabilitätsparameter stärker in den Blick genommen werden. Der derzeitige Fokus bei der „Datensammlung Fähigkeiten und Bewältigungskapazitäten" im BBK-Leitfaden zur Erstellung einer Risikoanalyse liegt auf der Bestandsaufnahme von technischem Gerät, Fahrzeugtypen, Einheiten des Katastrophenschutzes und kritischen Infrastrukturen.

In der gegenständlichen Arbeitshilfe werden daher Rahmenempfehlungen für ein bedarfs- und ressourcenorientiertes Krisenmanagement zur Identifikation sozialer Unterstützungsgemeinschaften im sozialen Nahraum von Stadtquartieren und ihrer Einbindung in Katastrophenmanagementprozessen dargeboten. In einem erfahrungsbasierten Austausch mit Entscheidungstragenden weiterer Kommunen wurden im BBK-Forschungsprojekt Sokapi-R die in der Modellkommune Wuppertal ermittelten Zusammenhänge zwischen sozialräumlichen Sozialstrukturen und zivilgesellschaftlicher Unterstützungsbereitschaft in ein integriertes Konzept übertragen, das den Leitfaden zur „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz" um eine breitenwirksame Methode zur Analyse sozialer Bewältigungskapazitäten ergänzt. Damit wird ein sozialwissenschaftlich fundierter und zugleich praxisbezogener Weg zu einem sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz aufgezeigt, der das Wissen um die Resilienz der Bevölkerung zum Ausgangspunkt eines effektiven staatlichen Krisenmanagements macht.

Hier geht es zum Leitfaden *„Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz"*.

Hier geht es zur Risikoanalyse Bund und Länder.

1.4 AUFBAU DER ARBEITSHILFE

MIT DEM BBK-LEITFADEN „RISIKOANALYSE IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ" WIRD DEN KREISEN UND KREISFREIEN STÄDTEN EINE EFFEKTIVE METHODE ZUR VORBEREITUNG AUF KÜNFTIGE KRISEN UND KATASTROPHENSITUATIONEN ZUR VERFÜGUNG GESTELLT.

Es bedarf daher keiner weiteren Methodik, sondern vielmehr einer Ergänzung um ein Verfahren zur Analyse sozialer Bewältigungskapazitäten. Vor diesem Hintergrund orientiert sich der Aufbau der vorliegenden Arbeitshilfe an der Struktur des BBK-Leitfadens zur „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz". Dabei knüpft die Arbeitshilfe im Folgenden zunächst an Kapitel 3 „Allgemeine Vorarbeiten" des BBK-Leitfadens an. Ergänzt wird dabei das Unterkapitel „Die Beschreibung des Bezugsgebiets" um Verfahren zur Datensammlung von sozialstrukturellen Parametern städtischer Quartiere, sozialen Fähigkeiten und Bewältigungskapazitäten sowie topografischen, geologischen und baulichen Parametern.

In Anlehnung an Kapitel 5.2 „Visualisierung des Risikos" im BBK-Leitfaden, wird daraufhin eine Methodik zur Visualisierung räumlicher Zusammenhänge skizziert. Das beinhaltet ein Verfahren zur Anfertigung von Sozialraumkartierungen sowie zur statistischen Überprüfung räumlicher Zusammenhänge.

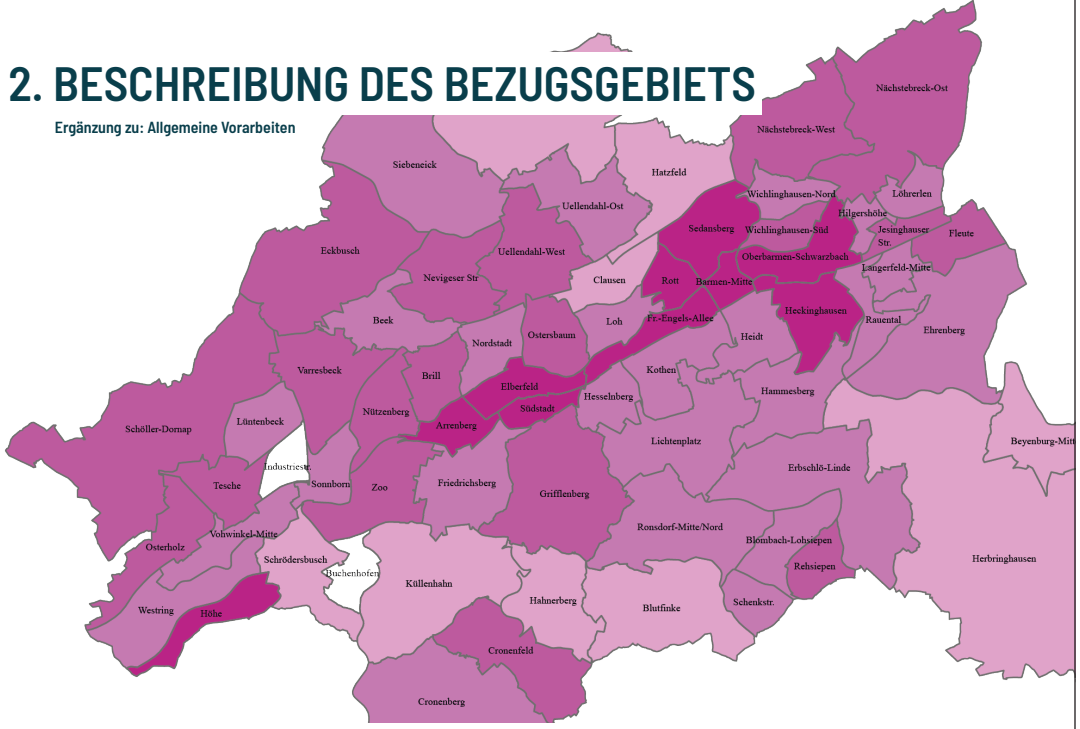
Ergänzend zum Kapitel 6.2 „Risikobehandlung – Entscheidung zur Maßnahmenumsetzung" werden abschließend Maßnahmen vorgestellt, die im BMBF-Projekt „Resilienz durch Sozialen Zusammenhalt - Die Rolle von Organisationen (ResOrt)" zu einer Arbeitshilfe für Organisationen zusammengetragen wurden. Die ResOrt-Arbeitshilfe richtet sich an Katastrophenschutzorganisationen, Kommunalverwaltungen, Nachbarschaftsorganisationen und Wohlfahrtsverbände und umfasst mehr als 50 Maßnahmen zur interorganisationalen, kooperativen Stärkung von Gemeinschaften in Krisen und Katastrophen.

Die sieben Handlungsfelder und dazugehörigen Maßnahmen der ResOrt-Arbeitshilfe werden kurz erläutert und um weitere Maßnahmen ergänzt, die sich aus den empirischen Ergebnissen des BBK-Forschungsprojekts Sokapi-R ableiten.

Hier geht es zur ResOrt-Arbeitshilfe.

2. BESCHREIBUNG DES BEZUGSGEBIETS

Ergänzung zu: Allgemeine Vorarbeiten



2.1 DATENSAMMLUNG: SOZIALSTRUKTURELLE PARAMETER

SOZIALRÄUMLICHE BEDINGUNGEN HABEN EINEN SIGNIFIKANTEN EINFLUSS AUF DAS LOKALE SOZIALKAPITAL UND DAMIT AUF DIE UNTERSTÜTZUNGSBEREITSCHAFT IM QUARTIER.

Um ein Verständnis davon zu erlangen, unter welchen sozialräumlichen Bedingungen Menschen im Wohnquartier leben, müssen möglichst viele verschiedene Sozialstrukturdaten herangezogen werden. Sie dienen zur späteren Überprüfung von kausalen Zusammenhängen zwischen räumlich-kontextuellen Gegebenheiten und lokalem sozialem Zusammenhalt resp. gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft. Zum anderen bilden sie die Basis für die Konzipierung zielgerichteterer Maßnahmen in Risiko- und Krisenkommunikationsstrategien. Größere Kommunen bereiten jährlich zahlreiche Sozialstrukturdaten kleinräumig auf und stellen sie oftmals in Berichtsform oder als Open Data der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die raumbezogenen Daten können auf Quartiers- bzw. Stadtteil-, zum Teil sogar auf Sozialraumebene über das jeweilige Amt für Statistik bezogen werden. Inhaltlich sollten **amtliche Statistikdaten zu Sozialstruktur** (Geschlecht, Alter, Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer*innenanteil), **Wanderungsbewegungen** (Zu- und Fortzug), **Erwerbstätigkeit** (Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote), **Sozialleistungsbezug** (SGBII-Betroffenheitsquote) etc. herangezogen werden, um einen Überblick über die Zusammensetzung und die Situation der Bevölkerung in den Quartieren zu ermöglichen. Dabei sollten die Sozialraumdaten auch im Zeitverlauf über mehrere Jahre betrachtet werden, um so auch langfristige Entwicklungen der Sozialstruktur nachvollziehen zu können.

2.2 DATENSAMMLUNG: FÄHIGKEITEN & BEWÄLTIGUNGSKAPAZITÄTEN

DURCH DIE INTEGRATION VON DATEN ZUR KOLLEKTIVEN SELBSTHILFEFÄHIGKEIT DER BEVÖLKERUNG IN KRISEN UND KATASTROPHEN SIND ZIELGERICHTETERE RESILIENZ- SOWIE RISIKO- UND KRISENKOMMUNIKATIONSSTRATEGIEN MÖGLICH.

Schwieriger gestaltet sich der Bezug von Daten zu den Fähigkeiten und Bewältigungskapazitäten. Der sozialwissenschaftlich fundierte Schwerpunkt im Projekt Sokapi-R liegt auf der Förderung und Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und sozialem Kapital. Sie bilden den Nährboden für gegenseitige Unterstützungsbereitschaft und die kollektive Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen. Im Leitfaden zur Erstellung einer Risikoanalyse bleiben sie bislang jedoch unberücksichtigt. Daten hierzu können mittels schriftlich-postalischer Bevölkerungsbefragung erhoben und über einen Mittelwert-Index auf Stadtteilebene hochaggregiert werden. Dieses Verfahren ist sehr zeitaufwendig und mit hohen Kosten verbunden.

Im Idealfall werden daher etablierte Skalen zur Messung von **sozialem Zusammenhalt**, **soziale Nachbarschaftsintegration**, **lokaler Ortsverbundenheit** und **gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft** im Rahmen von **kommunalen Bevölkerungsbefragungen** mit bedacht. Ebenfalls von Interesse sind Informationen über den Grad der individuellen Notfallvorsorge und des Organisationsvertrauens der Stadtbevölkerung. Insbesondere im Kontext der Risiko- und Krisenkommunikation können durch zielgerichtete vertrauensbildende Maßnahmen die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen und Befolgung von Sicherheitsempfehlungen gesteigert werden.

Neben bedingt verfügbaren Befragungsdaten lassen sich zahlreiche weitere Daten heranziehen. Für die Entstehung und Förderung von sozialem Zusammenhalt und Kapital sind sog. soziale Orte von großer Bedeutung. Hierbei handelt es sich um **Orte der Begegnung**, **öffentliche Räume**, **Gelegenheitsstrukturen** und **Vernetzungsmöglichkeiten** (z.B. Grünanlagen, Wälder oder Erholungsräume, Veranstaltungsorte, soziale Einrichtungen, Sporthallen oder -plätze, Bildungseinrichtungen, Museen oder Galerien, Kinder- und Jugendtreffs, Schwimmbäder, (Film-)Theater und Klubs).

Ehrenamtliche Angebote ebenso wie **offene Ehrenämter** erleichtern gesellschaftliche Partizipation und eine bedarfsorientierte Verweisberatung.

In vielen Kommunen gibt es sog. Freiwilligenagenturen, die ehrenamtliches Engagement in der Stadt forcieren und zugleich koordinieren. Dabei verfügen die Freiwilligenagenturen häufig über Datensätze, in denen ehrenamtliche Akteure sowie offene Ehrenamtsangebote verzeichnet werden.

Eine Datenbank mit den **Standorten aller im Stadtgebiet aktiven Akteure** (Bevölkerungsschutz, Nachbarschaftsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Kommunalverwaltung) und **Schlüsselpersonen** erleichtert die interorganisationale Vernetzung und Kooperation. Da diese Informationen in der Regel nur in verschiedenen Datenbanken oder teilweise gar nicht vorliegen, bedarf es für die Datensammlung einer ressort- und organisationsübergreifenden Kooperation von Kommunalverwaltung mit Nachbarschafts- und Katastrophenschutzorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Freiwilligenagenturen und ggf. öffentlichen Kartenanbietern.

Mögliche Fragebogenitems können **hier** nachgelesen werden.

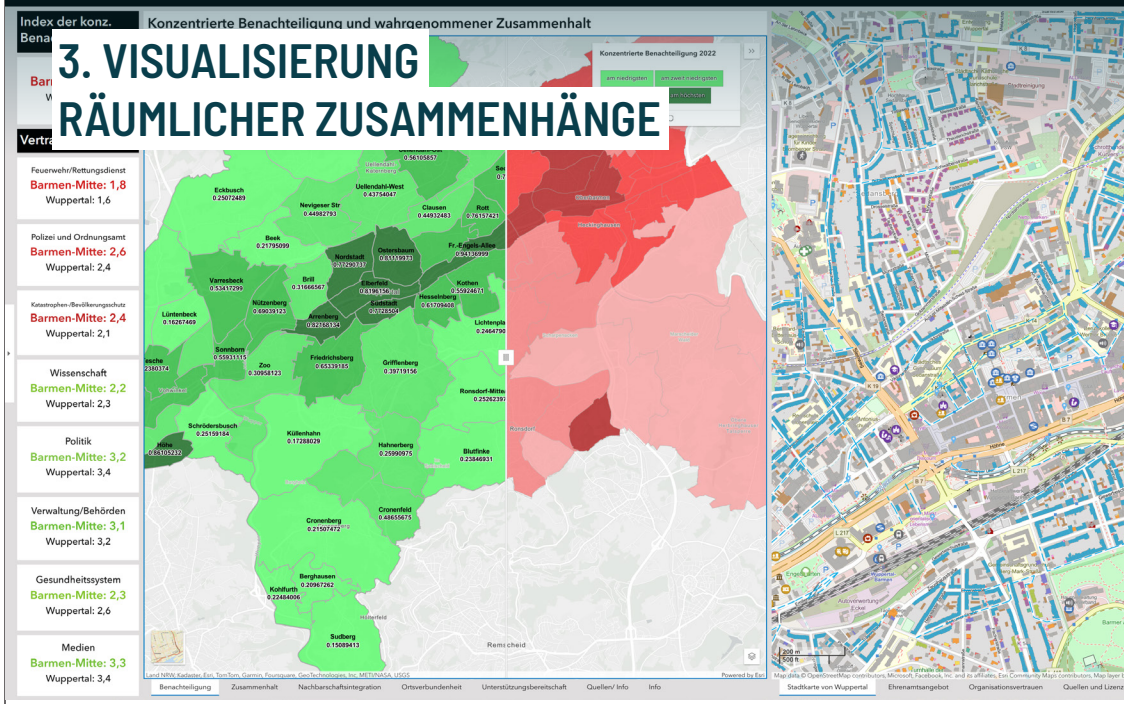
2.3 DATENSAMMLUNG: TOPOGRAFISCHE & BAULICHE PARAMETER

JE NACH SCHADENSLAGE, LIEFERN DATEN ÜBER TOPOGRAFIE, GEOLOGIE, FLÄCHENNUTZUNG UND GEBÄUDESTRUKTUR WICHTIGE INFORMATIONEN FÜR DIE LAGEBEWÄLTIGUNG.

Topografische Daten können in spezifischen Katastrophensituationen entscheidende Informationen liefern, etwa bei extremen Wetterereignissen. Ferner empfiehlt es sich auch **(hydro-)geologische Informationen** und Daten zur **Flächennutzung** zu berücksichtigen. Im Falle von Evakuierungen, bei der Planung von Notunterkünften oder Lagerung von Gefahrengut können sie wichtige Informationen liefern.
Auch die **Gebäudestruktur** kann dabei eine wesentliche Rolle spielen. Sie ist ebenfalls bedeutsam bei extremen Wetterereignissen (Schneelast, Hochwasser etc.), Erdbeben, Bränden u.v.m..
Daten zur Gebäudestruktur, Topografie und Flächennutzung werden in der Regel von den Katasterämtern der Städte bereitgestellt und kontinuierlich fortgeschrieben. Hydrogeologische Daten wiederum können zum Beispiel bei Geologischen Diensten angefragt werden.

Tabelle 1: Informationen und Datenbezug.

DATENKATEGORIE	INFORMATIONEN	DATENBEZUG
Amtliche Statistikdaten	Geschlecht, Alter, Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer*innenanteil, Zu- und Fortzug, Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote, SGBII-Betroffenheitsquote etc.	Amt für Statistik
Kollektive Selbsthilfefähigkeit	Sozialer Zusammenhalt, Ortsverbundenheit, Nachbarschaftsintegration, Unterstützungsbereitschaft, Organisationsvertrauen, individuelle Notfallvorsorge	Regelmäßige Kommunalbefragung, wissenschaftliche Begleitforschung
Soziale Orte	Grünanlagen, Wälder oder Erholungsräume, Veranstaltungsorte, soziale Einrichtungen, Sporthallen oder -plätze, Bildungseinrichtungen, Museen oder Galerien, Kinder- und Jugendtreffs, Schwimmbäder, Theater und Klubs etc.	Kataseramt und Geodaten
Ehrenamt	Ehrenamtsangebote, offene Ehrenamtsstellen	Freiwilligenagentur; Team Bürgerbeteiligung
Standorte aller im Stadtgebiet aktiven Akteure; Schlüsselpersonen	Adressen, Tätigkeitsfeld, Kontakt etc.	Ressort- und organisationsübergreifende Sammlung, öffentl. Kartendienste, bspw. Open Street Map
Topografie	Höhenunterschiede, Geländeformen etc.	Kataseramt und Geodaten
(Hydro-) geologische Informationen	Wasserlauf, unterirdische Bedingungen etc.	Geologischer Dienst
Flächennutzung	Struktur der Flächennutzung	Kataseramt und Geodaten
Gebäudestruktur	Gebäudedichte, Bauweise, Gebäudefunktion/-nutzung, Haushaltsgröße etc.	Kataseramt und Geodaten



3. VISUALISIERUNG RÄUMLICHER ZUSAMMENHÄNGE

3.1 ANFERTIGUNG VON SOZIALRAUMKARTIERUNGEN

DIE GRAFISCHE AUFBEREITUNG DER ERGEBNISSE STELLT EIN HILFREICHES MITTEL DAR, UM ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN UND NICHTFACHLEUTEN KOMPLEXE ZUSAMMENHÄNGE INTUITIV ZU VERDEUTLICHEN.

Für die grafische Aufbereitung empfiehlt es sich, die amtlichen Sozialstrukturdaten zunächst in Excel Tabellen aufzubereiten und in vier Klassen zu gruppieren. Dabei sollte sich die Clusterbildung der Kartierungen am städtischen Mittelwert und der Standardabweichung orientieren, wodurch ein systematisch differenziertes Bild des kleinräumigen Verteilungsmusters der Sozialstruktur gewährleistet wird. Die obere Grenze des ersten Clusters berechnet sich folglich aus dem Mittelwert, von dem die Standardabweichung subtrahiert wird. Die Obergrenze des zweiten Clusters bildet der Mittelwert. Addiert man den Mittelwert mit der Standardabweichung, so erhält man den oberen Grenzwert des dritten Clusters. Die Quartiere resp. Stadtteile werden hinsichtlich der unterschiedlichen Sozialstrukturparameter jeweils einem der vier Clustern zugeteilt. Anschließend können z.B. mithilfe von Geoinformationssystemen Sozialraumkartierungen angefertigt werden (Abb. 9). Anhand der Gegenüberstellung der farblichen Verteilungsbilder können bereits potenzielle räumliche Korrelationen zwischen den sozialstrukturellen Parametern antizipiert werden. Daten zur Messung kollektiver Selbsthilfefähigkeit werden im Idealfall über eine kommunale oder wissenschaftlich begleitende Bevölkerungsbefragung erhoben. Sofern bei der schriftlich-postalischen oder ggf. online durchgeführten Befragung eine Stadtteilkennung auf dem Fragebogen angebracht wird,

können auch die Befragungsdaten kartiert werden. Dabei muss im ersten Schritt ein Mittelwerteindex aus den Indikatoren gebildet werden, die ein theoretisches Konstrukt messen. Wenn beispielsweise der Grad sozialen Zusammenhalts über fünf verschiedene Fragebogenitems gemessen wird, muss für jede/n Befragte/n ein Mittelwert aus den fünf Messitems gebildet werden. Die daraus entstandene Mittelwert-Variable bildet die Basis für die Bildung eines Stadtteil-Mittelwerts. Auf diese Weise können komplementär zu den Sozialstrukturdaten Karten angefertigt werden, die in vier farblichen Clustern z.B. den Grad gesellschaftlichen Zusammenhalts, sozialer Nachbarschaftsintegration, lokaler Ortsverbundenheit und gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft in den 69 Quartieren Wuppertals zeigen.

Deutet sich ein ähnliches Verteilungsbild wie bei einem oder mehreren Sozialstrukturparametern an, können potenzielle räumliche Zusammenhänge in einem nächsten Schritt statistisch überprüft werden.

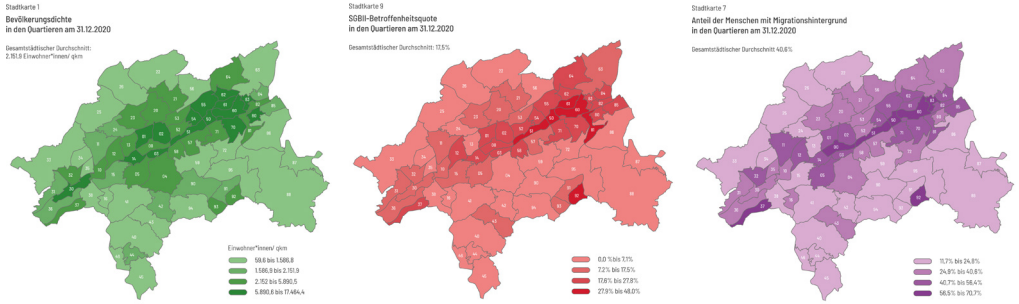


Abbildung 1: Beispiel Kartierungen verschiedener Sozialstrukturparameter in den 69 Quartieren Wuppertals.

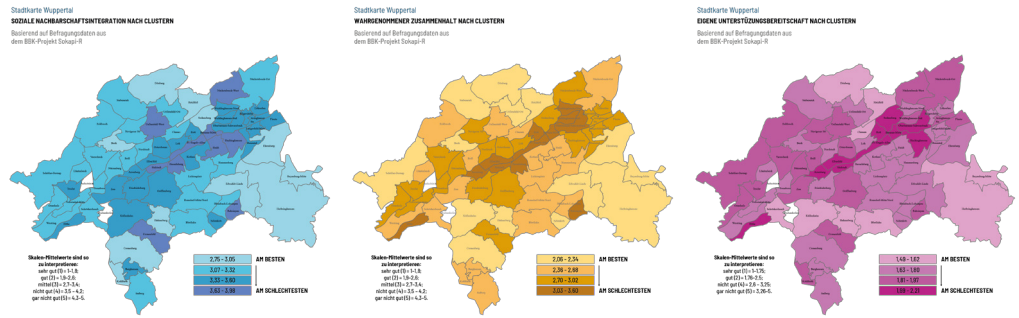


Abbildung 2: Beispiel Kartierungen verschiedener Parameter der kollektiven Selbsthilfefähigkeit in den 69 Quartieren Wuppertals.

3.2 STATISTISCHE ÜBERPRÜFUNG RÄUMLICHER ZUSAMMENHÄNGE

SOZIALRAUMKARTIERUNGEN BIETEN DIE MÖGLICHKEIT, ETWAIGE RÄUMLICHE ZUSAMMENHÄNGE ZU ANTIZIPIEREN. KAUSALE ZUSAMMENHÄNGE AUFGRUND ÄHNLICHER RÄUMLICHER VERTEILUNGSBILDER ZU SCHLIESSEN, BIRGT JEDOCH DIE GEFAHR EINES SOG. „ÖKOLOGISCHEN FEHLSCHLUSSES".

Dabei werden fälschlicher- und unzulässigerweise Zusammenhänge zwischen Aggregat- und Individualdaten angenommen. Im Idealfall sollten daher geeignete statistische Prüfverfahren angewendet werden.

Um lediglich Zusammenhänge zwischen Kontextvariablen (d.h. verschiedenen sozialstrukturellen Aggregatdaten) zu überprüfen, können bereits einfache Verfahren wie die Korrelationsanalyse reichen, bei der die Stärke der linearen Beziehung zwischen zwei Variablen bzw. ihr Zusammenhang berechnet wird. Ein etwas aufwendigeres Verfahren ist hingegen die sog. Faktoranalyse, bei der überprüft werden kann, ob etwaige Kontextvariablen zusammen einen gemeinsamen Faktor resp. ein übergeordnetes Konstrukt repräsentieren.

So bestätigten sich in der Studie des Forschungsprojekts Sokapi-R die in den Karten angedeuteten Korrelationen zwischen verschiedenen Sozialstrukturdaten wie der Bevölkerungsdichte, der Fluktuationsrate, der SGBII-Betroffenheitsquote, dem Migrantenanteil etc. Bei tiefergehender Überprüfung mittels explorativer und konfirmatorischer Faktoranalyse zeigte sich jedoch, dass lediglich die SGBII-Betroffenheitsquote und der Migrantenanteil auf einem gemeinsamen Faktor laden.

Aus Variablen, die auf einem gemeinsamen Faktor laden, können additive oder Mittelwert-Indizes gebildet werden, die theoriegeleitet zu betiteln sind (z.B. ein Index der konzentrierten Benachteiligung). Andere Indikatoren können als Einzelvariablen in weitere Rechnungen aufgenommen werden.

Zur Messung von kausalen Zusammenhängen zwischen quartierbezogenen Kontextvariablen und den im Projekt erhobenen Befragungsdaten auf der Individualebene, bietet sich das Verfahren der Mehrebenenmodellierung an. Hierbei handelt es sich um mehrstufige Regressionsmodelle, die den Einfluss von einer oder mehreren Kontextvariablen auf eine abhängige Variable auf der Individualeben testen. Zugleich lassen sich auch kausale Abhängigkeiten allein auf der Individualebene nachvollziehen. Alternativ können Individualdaten aggregiert werden, um anschließend eine einfache multiple Regression zu rechnen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass einfache Regressionen ungenauere Schätzwerte ergeben.

Die Modellierungen im Forschungsprojekt Sokapi-R kamen zu dem Ergebnis, dass trotz eines ähnlichen Verteilungsbilds der konzentrierten Benachteiligung und der eigenen Unterstützungsbereitschaft in Krisen und Katastrophen, kein unmittelbarer kausaler Zusammenhang vorliegt. Stattdessen wird der Zusammenhang durch das soziale Kapital vermittelt. Je höher der Grad konzentrierter Benachteiligung ist, desto pessimistischer wird der Zusammenhalt wahrgenommen, die Ortsverbundenheit ebenso wie die soziale Nachbarschaftsintegration sind geringer. Erst diese drei Variablen haben einen signifikanten Einfluss auf die Unterstützungsbereitschaft.

Ohne adäquate statistische Überprüfung wäre folglich ein ökologischer Fehlschluss auf den Zusammenhang von konzentrierter Benachteiligung und der eigenen Unterstützungsbereitschaft gezogen worden.

4. ABLEITUNG VON MASSNAHMEN

1 | Kooperation zwischen Organisationen 7

Personenungebundene Kooperationsstrukturen etablieren 7
Vermittlung und Verweisberatung etablieren 8
Fachgruppen etablieren 9
Bezirksversammlungen veranstalten 9
Kooperation von Schlüsselpersonen stärken 10
Stadtteilkonferenzen durchführen 11
Stadtteilmanager*innen einsetzen 11
Gegenseitige Bereitstellung von Ressourcen fördern 12
Gemeinsame Kommunikationsstile und Entscheidungsstrukturen festlegen 13
Stadtteilkoordination vorantreiben 13
Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren 14
Diversität durch organisationale Kooperation fördern 15
Gemeinsames Krisenbewältigungstraining etablieren 16
Organisationsübergreifende Evaluierungen durchführen 16
Gemeinsame Forschung und Entwicklung umsetzen 18

2 | Zivilgesellschaftliche Kooperation 20

Dialogforen und Raum für Kommunikation schaffen 20
Nachbarschaftliche Netzwerke u. Kooperationsbeziehungen ausbauen 21
Gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums fördern 22

3 | Kommunikation 24

Interorganisationalen Informationsaustausch fördern 24
Öffentlichkeitsarbeit verstärken 25
Nutzung von sozialen Medien ausbauen 26
Effiziente Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen stärken 27
Alternative Fördermittelakquise betreiben 28
Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen verbessern 28

4 | Ehrenamtsförderung 32

Flexible Ehrenamtsstrukturen schaffen 32
Nach kommunaler Ehrenamtsstrategie handeln 33
Städtische oder stadtteilbezogene Ehrenamtskoordination verbessern 34
Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren 36
Mitgliederdiversität durch interorganisationale Kooperation erhöhen 36
Vorteile des Engagements gezielt hervorheben 37
Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/

MASSNAHMENVERZEICHNIS

5 | Offene u. niedrigschwellige Angebote

Teilhabestrukturen in der Nachbarschaft fördern
Die Gründung von Selbsthilfe- u. Nachbarschaftsgruppen unterstützen
Offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen etablieren
Offene und niedrigschwellige Begegnungsräume und -möglichkeiten schaffen
Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen
Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen
Themen, die Bewohner*innen beschäftigen, aufgreifen
Identifikation mit dem eigenen Quartier stärken

6 | Abbau von Ungleichheiten

Selbstwirksamkeit stärken/ Empowerment
Über Schlüsselpersonen Kontakt herstellen
Kommunikationsmöglichkeiten für nicht-deutschsprachige Personen schaffen
Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen
Zielgruppenspezifische Förderung und Angebote leisten
Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen
Reduzierung pluraler Diskriminierung: Intersektionalitäten berücksichtigen
Teilhabechancen marginalisierter Gruppen stärken
Community-basierte Resilienzförderung und Katastrophenrisikoreduzierung
Zivilbevölkerung durch Training und Wissensvermittlung weiterqualifizieren
Training und Wissensvermittlung fördern
Partizipative Resilienz-, Risiko-, Vulnerabilitäts- u. Kapazitätsanalysen
Vorteile des Engagements gezielt hervorheben

7 | Diversität und Toleranz

Interkulturellen Austausch fördern
Kooperation mit religiösen Trägern und Führungspersonen ausbauen
Positive Narrative schaffen
Interaktive Bildungs- und Vernetzungsarbeit global stärken

4.1 KOOPERATION ZWISCHEN ORGANISATIONEN

NEUE KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN UND VERNETZUNGEN ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN ORGANISATIONEN (U.A. ZWISCHEN HILFSORGANISATIONEN, SOZIALEN AKTEUREN UND BEHÖRDEN) KÖNNEN DAZU BEITRAGEN, AKTUELLEN UND ZUKÜNFTIGEN HERAUSFORDERUNGEN ANGEMESSEN ZU BEGEGNEN UND DAS LOKALE KRISENMANAGEMENT ZU VERBESSERN.

Sowohl für den Katastrophenschutz als auch für Kommunalverwaltungen, Nachbarschaftsorganisationen und Wohlfahrtsverbände zeichnet sich eine gute Kooperation durch Faktoren wie Verbindlichkeit, Transparenz und Zeit aus. Für die Zusammenarbeit ist es dabei wichtig, zentrale Akteure mit einer offenen und kooperativen Haltung zu identifizieren und persönliche Kontakte auf Augenhöhe zu pflegen. Kooperationen sollten aus vereinten Interessen mit gemeinsamen Zielen entstehen und beiden Parteien einen Mehrwert verschaffen. Ebenso wichtig wie eine kontinuierliche Beziehung mit regelmäßiger Kommunikation, die von Vertrauen und Gegenseitigkeit geprägt ist, sind dabei nachhaltige und langfristige Projekte mit gesicherter Finanzierung.

:: Personenungebundene Kooperationsstrukturen etablieren
:: Vermittlung und Verweisberatung etablieren
:: Fachgruppen etablieren
:: Bezirksversammlungen veranstalten
:: Kooperation von Schlüsselpersonen stärken
:: Stadtteilkonferenzen durchführen
:: Stadtteilmanager*innen einsetzen
:: Gegenseitige Bereitstellung von Ressourcen
:: Gemeinsame Kommunikationsstile und Entscheidungsstrukturen festlegen
:: Stadtteilkoordination vorantreiben
:: Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren
:: Diversität durch organisationale Kooperation fördern
:: Gemeinsames Krisenbewältigungstraining etablieren
:: Organisationsübergreifende Evaluierungen durchführen
:: Gemeinsame Forschung und Entwicklung umsetzen

4.2 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE KOMMUNIKATION

DIE AKTIVE KOOPERATION VON ORGANISATIONEN MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT KANN DAZU BEITRAGEN, SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN DER BEVÖLKERUNG ZU STÄRKEN. DENN WENN PARTIZIPATION AKTIV ERMÖGLICHT WIRD UND SOZIALE NETZWERKE AUFGEBAUT WERDEN, STEIGT AUCH DER ZUSAMMENHALT.

Maßnahmen wie die Einrichtung von Dialogforen, der Ausbau nachbarschaftlicher Netzwerke und Anregungen zur Mitgestaltung öffentlicher Räume schaffen einen Nährboden für soziales Vertrauen, gemeinsame Werte- und Normen und gesellschaftliche Teilhabe. Auch im Sinne der Katastrophenvorsorge sind dies wichtige Vorgänge. Im Ereignisfall steigt mit dem sozialen Zusammenhalt auch die Selbsthilfefähigkeit der Gemeinschaft.

:: Dialogforen und Raum für Kommunikation schaffen
:: Nachbarschaftliche Netzwerke u. Kooperationsbeziehungen ausbauen
:: Gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums fördern

4.3 KOMMUNIKATION

EINE GUTE KOMMUNIKATION FÖRDERT AUSTAUSCH. DAS GILT NICHT NUR FÜR DIE VERSTÄNDIGUNG ZWISCHEN ORGANISATIONEN, SONDERN AUCH FÜR DIE BEZIEHUNGEN VON ORGANISATIONEN MIT DER ZIVILBEVÖLKERUNG.

Eine gute Kommunikation gibt das Gefühl, eingebunden zu sein, was ein wichtiger Faktor zum Aufbau sozialer Netzwerke in einer Gemeinschaft ist. Durch einen gemeinsamen Austausch von Wissen lässt sich außerdem die Expertise verschiedener Akteure überhaupt erst nutzbar machen. Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, dass unterschiedliche Gruppen auch verschieden kommunizieren. Unterschiedliche Modi gilt es beispielsweise in der Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen oder Behörden und Nachbarschaftsorganisationen zu beachten.

:: Interorganisationalen Informationsaustausch fördern
:: Öffentlichkeitsarbeit verstärken
:: Nutzung von sozialen Medien ausbauen
:: Effiziente Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen stärken
:: Alternative Fördermittelakquise betreiben
:: Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen verbessern

4.4 EHRENAMTSFÖRDERUNG

DIE EHRENAMTSFÖRDERUNG IST EINE WICHTIGE DIMENSION VON PARTIZIPATION. EIN GEMEINWESEN MIT EINEM HOHEN ANTEIL EHRENAMTLICH ENGAGIERTER WEIST EINEN HOHEN PARTIZIPATIONSGRAD AUF, DER IM ALLGEMEINEN EIN INDIZ FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT DARSTELLT.

Im Katastrophenschutz, in der Nachbarschaftshilfe und in der Wohlfahrt ist er ein Grundpfeiler der Arbeit.
Die Förderung von Ehrenämtern betrifft nicht nur quantitativ eine Werbung um möglichst viele neue ehrenamtlich Arbeitende, sondern zielt auch darauf ab, die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern.
Umgekehrt bedeutet das auch, Ehrenämter besser nutzbar zu machen und Potenziale voll auszuschöpfen. Dies betrifft nicht nur das institutionalisierte Ehrenamt, sondern auch verborgene Formen des Ehrenamtes, wie das Engagement von spontan und organisationsungebundenen Helfenden. Neue Formen des Engagements sind oft flexibel, projekt- und anlassbezogen. Auch sie sollten eingebunden werden.

:: Flexible Ehrenamtsstrukturen schaffen
:: Nach kommunaler Ehrenamtsstrategie handeln
:: Städtische oder stadtteilbezogene Ehrenamtskoordination verbessern
:: Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren
:: Mitgliederdiversität durch interorganisationale Kooperation erhöhen
:: Vorteile des Engagements gezielt hervorheben
:: Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen verbessern

4.5 OFFENE UND NIEDRIGSCHWELLIGE ANGEBOTE

FÜR ORGANISATIONEN IST ES WICHTIG, IHRE ANGEBOTE OFFEN UND NIEDRIGSCHWELLIG ZU GESTALTEN UND DADURCH MÖGLICHST VIELE MENSCHEN MIT EINZUBEZIEHEN. DAZU GEHÖRT AUCH, DIE ANGEBOTE AN DEN VORLIEGENDEN BEDARFEN EINER NACHBARSCHAFT AUSZURICHTEN.

Angebote sollten nicht unabhängig von einer Gemeinschaft entwickelt werden, sondern als Reaktion auf Bedürfnisse und Interessen entstehen. Als Organisation Präsenz zu zeigen und sich als Anlaufstelle zu etablieren ist dabei ebenso wichtig, wie die Angebote vor Ort sichtbar zu machen und Möglichkeiten für Anknüpfungspunkte zu schaffen.

:: Teilhabestrukturen in der Nachbarschaft fördern
:: Die Gründung von Selbsthilfe- u. Nachbarschaftsgruppen unterstützen
:: Offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen etablieren
:: Offene und niedrigschwellige Begegnungsräume und -möglichkeiten schaffen
:: Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen
:: Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen
:: Themen, die Bewohner*innen beschäftigen, aufgreifen
:: Identifikation mit dem eigenen Quartier stärken

4.6 ABBAU VON UNGLEICHHEIT

UM DIE RESILIENZ IN DER GEMEINSCHAFT ZU STEIGERN IST ES WICHTIG, SOZIALE UNGLEICHHEITEN ABZUBAUEN, INDEM BEISPIELSWEISE MARGINALISIERTE GRUPPEN IN DIE ARBEIT EINGEBUNDEN WERDEN.

Ebenso sollte darauf geachtet werden, dass von Angeboten niemand ausgeschlossen wird und alle Gruppen an ihnen teilhaben können. Hier sollten auch Doppelbenachteiligungen und intersektionale Verschränkungen mitgedacht werden. Auch Schulungen zum Erkennen von Ungleichheiten und zur Sensibilisierung für Diskriminierungen und Marginalisierungen können auf die Teilhabechancen marginalisierter Gruppen an Entscheidungs- und Planungsprozessen einwirken.

:: Selbstwirksamkeit stärken/ Empowerment
:: Über Schlüsselpersonen Kontakt herstellen
:: Kommunikationsmöglichkeiten für nichtdeutschsprachige Personen schaffen
:: Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen
:: Zielgruppenspezifische Förderung und Angebote leisten
:: Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen
:: Reduzierung pluraler Diskriminierung: Intersektionalitäten berücksichtigen
:: Teilhabechancen marginalisierter Gruppen

stärken
:: Community-basierte Resilienzförderung und Katastrophenrisikoreduzierung
:: Zivilbevölkerung durch Training und Wissensvermittlung weiterqualifizieren
:: Training und Wissensvermittlung fördern
:: Partizipative Resilienz-, Risiko-, Vulnerabilitäts- u. Kapazitätsanalysen
:: Vorteile des Engagements gezielt hervorheben

4.7 DIVERSITÄT UND TOLERANZ

AUCH IN DER ARBEIT VON ORGANISATIONEN MUSS SICH DIE DIVERSITÄT DER GESELLSCHAFT ABBILDEN. EFFEKTIV IST DIE ARBEIT NUR DANN, WENN DIE POTENZIALE EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT VOLL NUTZBAR GEMACHT WERDEN.

Dabei erfordern die Herausforderungen heterogener Gesellschaften ein starkes Bemühen um den sozialen Zusammenhalt. Einzelne Gruppen dürfen nicht vergessen werden. Denn sozialer Zusammenhalt wächst nur dann, wenn möglichst viele soziale und kulturelle Gruppen in vollem Umfang einbezogen werden und vielfältige und offene Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen werden.

:: Interkulturellen Austausch fördern
:: Kooperation mit religiösen Trägern und Führungspersonen ausbauen
:: Positive Narrative schaffen
:: Interaktive Bildungs- und Vernetzungsarbeit global stärken

4.8 AUS KRISEN LERNEN

Ergänzung aus Sokapi-R

UM AUF DIE BEWÄLTIGUNG KÜNFTIGER KRISEN UND KATASTROPHEN BESSER VORBEREITET ZU SEIN, MUSS MAN DAS GELERNTE AUS VERGANGENEN SCHADENSLAGEN IN RESILIENZSTRATEGIEN ÜBERSETZEN.

Im Forschungsprojekt Sokapi-R wurden Interviews mit ungebundenen Helfenden geführt, die sich u.a. im Kontext der Flutkatastrophe im Juli 2021 engagiert haben. Darin wurden verschiedene Probleme und Herausforderungen bei der Kooperation und Kommunikation mit professionellen Katastrophenschutzakteuren berichtet. Da sich diese Probleme oftmals auch auf andere Katastrophensituationen übertragen lassen, sollten sie möglichst zeitnah evaluiert werden. Auf diese Weise können sie zum strategischen Ausgangspunkt einer besseren Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen in zukünftigen Schadenslagen werden. Bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen helfen zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, die über unterschiedliche Fähig- und Fertigkeiten, materielle sowie technische Ressourcen verfügen. Für eine schnellere und organisiertere Koordination von Hilfeleistungen und Umverteilung von Ressourcen, ist das Anlegen einer Freiwilligen- und Kompetenzdatenbank sinnvoll. In der Datenbank können sich Personen eintragen lassen, die in vergangenen Krisen und Katastrophensituationen geholfen haben und bereit sind, auch bei der Bewältigung zukünftiger Schadensereignisse zu unterstützen.

Doch während besonders herausfordernden und langfristigen Bewältigungsprozessen setzt mit der Zeit eine grundlegende Katastrophenmüdigkeit ein, mit der auch die Unterstützungsbereitschaft der Helfenden zu sinken droht. Die Gespräche mit ungebundenen Helfenden gaben Aufschluss über unterschiedliche Motivationen (weiterhin) zu helfen. Um die Unterstützungsbereitschaft während der Krisen- und Katastrophenbewältigung aufrecht und für künftige Ereignisse hoch zu halten, sind anerkennungsstiftende Maßnahmen besonders wichtig. Dabei ist es sinnvoll, dass symbolische Zuwendungen und Danksagungen möglichst an alle Helfenden und nicht nur an Einzelne gerichtet werden.

Helfende, die personelle und materielle Ressourcen aus ihrem eigentlichen Gewerbe einbrachten, berichteten über bürokratische Hürden und Regelungen, durch die ihnen in Verbindung mit der eingebrachten Hilfe finanzielle Nachteile entstanden sind. Dies könne im schlechtesten Fall dazu führen, dass sich zukünftig weniger Unternehmen an der Bewältigung beteiligen.

:: Evaluation der Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen
:: Anlegen einer Freiwilligen- und Kompetenzdatenbank
:: Gemeinsame Aufarbeitung von Kommunikations- und Kooperationsproblemen
:: Anerkennungsstiftende Maßnahmen, die sich an alle Helfenden richten
:: Abbau von Bürokratie

4.9 RISIKO- UND KRISENKOMMUNIKATION

Ergänzung aus Sokapi-R

EINE ZIELGERICHTETE RISIKO- UND KRISENKOMMUNIKATION SOLLTE SICH AN DEN SOZIALRÄUMLICHEN BEDINGUNGEN UND BEDARFEN DER BEVÖLKERUNG AUSRICHTEN. SIE SOLLTE ZUDEM FORMEN GEGENSEITIGEN DIALOGS FÖRDERN.

Eine zentrale Bedeutung bei der Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, spielt die individuelle Notfallvorsorge. Hier zeigen die statistischen Auswertungen einer im Projekt Sokapi-R durchgeführten Bevölkerungsbefragung, dass auch das Vertrauen in Organisationen des Bevölkerungsschutzes einen Einfluss auf die Akzeptanz von Sicherheitsempfehlungen hat. Menschen, die ein größeres Vertrauen in Organisationen des Bevölkerungsschutzes haben, erachten Maßnahmen der individuellen Notfallvorsorge für sinnvoller.

Die Gültigkeit sozialer Normen hat einen Einfluss auf zivilgesellschaftliche Unterstützung in Krisen und Katastrophen. Krisenkommunikation sollte daher auf die positive Sanktionierung der Einhaltung von Werten und Normen abstellen. So deuten die Ergebnisse der Sokapi-R Befragungsdaten bspw. darauf hin, dass verpflichtende Gegenseitigkeitsnormen die individuelle Unterstützungsbereitschaft erhöhen. Das gilt auch für Formen generalisierter und indirekter Reziprozität, d.h. das Pflichtgefühl anderen zu helfen, weil man selbst in einer ähnlichen Situation Hilfe erfahren hat oder in zukünftigen Notsituationen auf Unterstützung angewiesen sein könnte. Kampagnen sollten sich dieses Pflichtgefühl zu Nutze machen. Die Gespräche mit un-

gebundenen Helfer*innen im Projekt Sokapi-R verraten aber auch, dass gemeinwohlorientierte, vermeintlich altruistische Werte vor allem aufgrund ihrer sozialen Erwünschtheit als Anlass Hilfe zu leisten genannt werden. Im Zuge der diskursiven Selbstreflexion offenbaren die Helfenden jedoch andere selbstorientierte Motive wie Anerkennung und Selbstwirksamkeit, die eine größere Rolle zu spielen scheinen.

Insbesondere lokal ansässige Spontanhelfende leisten einen wichtigen Beitrag zur Lagebewältigung. Sowohl die statistischen Auswertungen der Bevölkerungsbefragung als auch die Ergebnisse der Interviews weisen darauf hin, dass Ortsverbundenheit mit einem größeren Engagement in Schadenslagen in Verbindung steht. Das erhöhte Engagement kann in Verbindung mit lokalem Wissen zu Schäden, Bedarfen und Ressourcen die Lageplanung der professionellen Akteure sinnvoll ergänzen. Krisenkommunikation ist keine Einbahnstraße. Vielmehr sollte sie Raum für gegenseitigen Dialog schaffen. Kommunikation auf Augenhöhe ist ein Schlüssel, um auf die Wissensbestände von lokal Unterstützenden zuzugreifen. Dabei empfiehlt sich in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Helfenden eine inklusive und weitestgehend entprofessionalisierte Sprache sowie die Überwindung strikter Hierarchien. Wissensbestände und Ideen zur Lagebewältigung sollten nicht nur auf Basis institutionalisierter Kompetenzzuschreibungen bemessen werden.

Trotz allgemeingültiger Wert- und Normvorstellungen sowie Motivationslagen, ist die Bevölkerung nicht als homogene Masse zu betrachten. Zielgerichtete Risiko- und Krisenkommunikation sollte daher sozialräumliche Bedingungen des Wohngebiets ebenso wie heterogene Bedarfe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigen.

:: Individuelle Notfallvorsorge durch vertrauensbildende Maßnahmen erhöhen
:: Auf gesellschaftliche Werte und Normen abgestimmte Krisenkommunikation
:: Auf persönliche Motivationen abgestimmte Krisenkommunikation
:: Auf sozialräumliche Bedingungen und Bedarfe abgestimmte Risiko- und Krisenkommunikation
:: Gegenseitigen Dialog fördern
:: Lokales Wissen nutzen

Die Ergebnisberichte aus dem Forschungsprojekt Sokapi-R können **hier** heruntergeladen werden.

PLATZ FÜR NOTIZEN

IMPRESSUM

PROJEKTKOORDINATION

Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich, Dr. Tim Lukas, Dr. Bo Tackenberg
Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit (BuK)
Bergische Universität Wuppertal
Gaußstraße 20
42119 Wuppertal

KONTAKT

Dr. Bo Tackenberg
tackenberg@uni-wuppertal.de

GEFÖRDERT UND BEGLEITET VOM

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

FKZ: BBK III.1 - 41201 / 0009

GESTALTUNG

Dr. Bo Tackenberg

E-PAPER DES BBK-PROJEKTS

„Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (Sokapi-R)“

BBK-Projekt Sokapi-R. Alle Rechte vorbehalten. Wuppertal 2023

ABRUFMÖGLICHKEIT ÜBER DIE PROJEKT-WEBSEITE

www.sokapi-r.de

SOKAPI-R

Gefördert durch:

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

SOKAPI-R
www.sokapi-r .de

Gefördert durch:

Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe